Der US-Autor Mike Whitney untersucht die eigentlichen Gründe für den von den USA mit Hilfe ukrainischer Faschisten inszenierten Putsch in Kiew.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 075/14 – 22.04.14

Obamas Spiel: Soll Putin in eine Falle gelockt werden?

Von Mike Whitney
CounterPunch, 15.04.14
(http://www.counterpunch.org/2014/04/15/is-putin-being-lured-into-a-trap/)

> "Russland … wird jetzt als Zentrum der weltweiten 'Auflehnung' gegen die globale Zwangsherrschaft der USA und der EU angesehen. Seine generell auf friedlichen Ausgleich angelegte Politik ... steht in diametralem Gegensatz zu den brutalen und destabilisierenden Methoden der USA und die EU. ... Die Welt hat erkannt, dass es plötzlich wieder starken und entschlossenen Widerstand gegen den westlichen Imperialismus gibt. Nach Jahrzehnten der Finsternis kommt wieder Hoffnung auf." – Andre Vltchek in dem von CounterPunch veröffentlichten Artikel "Ukraine, Lies and Realities" (Die Ukraine: Lügen und Realitäten, der unter http://www.counterpunch.org/2014/04/11/ukraine-lies-and-realities/ nachzulesen ist)

Für die Krise in der Ukraine ist nicht Russland verantwortlich. Die US-Außenministerium hat den von Faschisten dominierten Staatsstreich inszeniert, mit dem Wiktor Janukowytsch (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Wiktor_Janukowytsch), der demokratisch gewählte Präsident der Ukraine, gestürzt und durch die US-Marionette Arsenij Jazenjuk (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Arsenij_Jazenjuk), einen ehemaligen Banker, ersetzt wurde. Gehackte Telefongespräche (s. http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/fuck-the-eu-fauxpas-was-nuland-sagen-wollte-12790254.html) belegen die führende Rolle, die Washington bei der Inszenierung des Putsches und bei der Auswahl der an die Macht zu hievenden Putschisten gespielt hat. Moskau war in keine dieser Aktivitäten involviert. Wladimir Putin hat – was auch immer man ansonsten über ihn denken mag – nichts getan, um die Gewalt und das Chaos in Gang zu setzen, die sich jetzt über die ganze Ukraine ausgebreitet haben.

Putins Hauptinteresse an der Ukraine ist rein kommerziell. 66 Prozent des Erdgases, das Russland in die EU exportiert, muss die Ukraine durchqueren. Das Geld, das Russland durch die Gasverkäufe erlöst, hilft, die russische Wirtschaft zu stärken und den Lebensstandard (der russischen Bevölkerung) anzuheben. Es macht auch die russischen Oligarchen reicher, die – wie die Oligarchen im Westen – am meisten vom Energiegeschäft profitieren. Die Europäer freuen sich über dieses Arrangement, weil es ihnen ermöglicht, ihre Wohnhäuser und Geschäfte zu marktüblichen Preisen zu heizen. Mit anderen Worten, Verkäufer und Käufer sind beide mit den Deal zufrieden. So sollen freie Märkte ja eigentlich auch funktionieren. Der Grund für die Probleme, die jetzt aufgetreten sind, ist der Schraubenschlüssel, den die USA in das Getriebe geworfen haben, als sie Janukowytsch absetzten ließen. Heute kann niemand sagen, wann sich die Verhältnisse wieder normalisieren werden.

Wenn Sie die nachfolgend abgedruckte Grafik anschauen, wissen Sie, warum die Ukraine so wichtig für Russland ist.

Das Hauptziel der US-Politik in der Ukraine ist die Verhinderung der weiteren wirtschaftlichen Integration Asiens und Europas. Deshalb wurde der ganze Aufruhr inszeniert. Die USA wollen den Energiefluss aus dem Osten in den Westen kontrollieren – also praktisch eine Art Zollstation zwischen Asien und Europa errichten, um sicherzustellen, dass alle Gasgeschäfte wie bisher in US-Dollars abgewickelt werden, damit der Verkauf von US-Staatsanleihen auch weiterhin floriert; deshalb wollen sich die USA unbedingt zwischen die beiden Märkte drängen, die für die Zukunft die besten Wachstumsperspektiven versprechen. Selbst wer nur geringe Kenntnisse über die US-Außenpolitik und deren beabsichtigte "Hinwendung auf Asien" hat, wird mir in diesem Punkt zustimmen. Die USA möchten in den kommenden Jahren unbedingt eine dominierende Rolle in Eurasien spielen, und der Umsturz in den Ukraine ist ein zentraler Bestandteil ihres Plans.

Grafik entnommen aus
http://www.policymic.com/articles/84677/to-understand-what-s-really-happening-in-ukraine-follow-the-gas-lines-on-this-map

Jochen Scholz (s. http://www.youtube.com/watch?v=x_KtLZ32-6U), ein pensionierter Oberstleutnant der Bundesluftwaffe, hat in einem offenen Brief (an den russischen Präsidenten Putin), den die Neue Rheinische Zeitung letzte Woche veröffentlicht hat (s. http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20163), die Politik der USA zusammengefasst. Scholz schrieb, Washingtons Ziel sei es, "die ideale Brückenfunktion der Ukraine für die künftige Kooperation zwischen einer angestrebten Eurasischen Union und der Europäischen Union zu verhindern". Nach seiner Meinung wollen die USA die Ukraine "unter die Kontrolle der NATO bringen" und den Vorschlag (Putins) für "eine einheitliche Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok" hintertreiben.

Bingo. Das ist die Politik der USA auf einen kurzen Nenner gebracht. Sie hat nichts mit Demokratie, Souveränität oder Menschenrechten zu tun. Es geht nur um Geld und Macht – also nur darum, wer im zukünftig größten Wachstumszentrum der Welt den Ton angeben wird. Unglücklicherweise sind Obama und Konsorten und mit ihnen die USA bei der Sicherung wichtiger Energieressourcen und Pipelines hinter Russland zu weit zurückgefallen, um noch erfolgreich konkurrieren zu können. Putin und Gazprom haben sie in jeder Hinsicht abgehängt. Während Putin die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen Russlands ausgebaut, das Pipeline-Netz und die erforderlichen Transitkorridore ausgeweitet und viele der Hindernisse, die ihm US-Handlanger in der Europäischen Kommission / EC in den Weg legen wollten, beiseite geräumt hat, sind die USA nacheinander von einem Schlamassel in den nächsten gestolpert, haben ein Land nach dem andern in Schutt und Asche gelegt und trotzdem keins ihrer wirtschaftlichen Ziele erreicht.

Deshalb haben die USA ihre erfolglos gebliebene bisherige Strategie jetzt fallengelassen und sind auf ihren Plan B – den Regimewechsel – umgestiegen. Weil Washington Putin nicht in einem fairen Kampf schlagen konnte, werden jetzt die Handschuhe ausgezogen. Erleben wir das nicht gerade mit? Die USA haben ihre NGOs und ihre Geheimdienste eingesetzt, um mit Hilfe ukrainischer Faschisten diesen schlecht organisierten Staatsstreich zu starten, der die Ukraine ins Chaos gestürzt hat.

Ich wiederhole es noch einmal, Putin hat mit all dem nichts zu tun. Er hat nur den Wunsch

der Krim-Bewohner erfüllt, die sich mit einer überwältigenden Mehrheit von 97 Prozent für den Anschluss an die Russische Föderation entschieden haben. Hatten sie aus rein pragmatischer Sicht eine andere Wahl? Warum sollten sie sich mit der Ukraine der EU, dem Wirtschaftsbündnis mit dem schlimmsten Missmanagement aller Zeiten, anschließen, mit der Aussicht, dass die Krim in wenigen Jahren so verarmt und verwüstet wie der Irak sein könnte? Wer würde eine solche Zukunft nicht vermeiden wollen?

Wie wir schon weiter vorn festgestellt haben, ist Putins Hauptziel, mit dem russischen Erdgas Geld zu machen. Im Gegensatz dazu wollen die USA die Landmasse Eurasiens beherrschen; deshalb soll Russland in kleinere, weniger bedrohliche Länder aufgesplittert und Chinas Wirtschaftswachstum unter Kontrolle gebracht werden. Das ist der grundlegende Plan für Obamas Spiel. Außerdem wollen die USA keinen Konkurrenten neben sich dulden; das geht aus einem von Paul Wolfowitz (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Wolfowitz) verfassten Traktat hervor, aus dem die nationale Verteidigungsstrategie USA entwickelt wurde:

> "Unser erstes Ziel muss es sein, die Entstehung eines neuen Rivalen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo zu unterbinden, wenn dieser Rivale zu einer Bedrohung wie die frühere Sowjetunion werden könnte. Diese dominierende Forderung muss auch bei der Erarbeitung regionaler Verteidigungsstrategien berücksichtigt werden, weil verhindert werden muss, dass eine feindliche Macht eine ganze Region beherrscht, mit deren Ressourcen sie zur Weltmacht aufsteigen könnte." (http://en.wikipedia.org/wiki/Wolfowitz_Doctrine und http://www.informationclearinghouse.info/pdf/RebuildingAmericasDefenses.pdf)

Das ist die in Washington vorherrschende Doktrin: Ja keine Rivalen oder Konkurrenten zulassen! Wir sind der Boss und bestimmen, wo es lang geht. Die USA sind die Nummer 1, die Weltpolizei. Das ist doch allgemein bekannt. Aber Wolfowitz will noch mehr:

> "Die Vereinigten Staaten müssen in der Lage sein, eine neue Ordnung zu errichten und aufrechtzuerhalten, die potenzielle Konkurrenten davon abhält, aggressiv nach mehr Macht zu streben, um eigene Interessen durchzusetzen. In befreundeten Gebieten müssen wir hochentwickelten Industrienationen gestatten, auch eigene Ziele zu erreichen, um zu verhindern, dass sie unsere Führung oder die von uns durchgesetzte politische und wirtschaftliche Ordnung in Frage stellen. Potenzielle Konkurrenten müssen wir ständig in Schach halten, damit sie nicht auf den Gedanken kommen, regional oder global eine größere Rolle spielen zu wollen."

Mit anderen Worten: "Wer auch nur mit dem Gedanken an mehr Macht spielt, muss damit rechnen, wie eine Mücke zerquetscht zu werden." Das ist die eigentliche Botschaft. Mit den Zitaten wollte ich nicht noch einmal auf Wolfowitz herumhacken, sondern zeigen, dass unter Obama tatsächlich alles noch viel schlimmer geworden ist. Weil die so genannte Bush-Doktrin heute stärker als jemals zuvor umgesetzt wird, sollten ihre Grundzüge nochmals in Erinnerung gerufen werden (s. http://de.wikipedia.org/wiki/National_Security_Strategy_vom_September_2002). Das US-Militär hat den Auftrag, den neoliberalen Kapitalismus durchzusetzen, der bei Wolfowitz "die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung" heißt. Dieser Auftrag diente und dient als generelle Rechtfertigung für die Kriege im Irak, in Afghanistan, in Libyen, in Syrien und jetzt in der Ukraine. Die USA möchten alles tun können, was sie zur Durchsetzung der Interessen ihrer eigentlichen Machthaber, der multinationalen Konzerne und Großbanken, für notwendig erachten. Die USA tun so, als gehöre ihnen die Welt, und alle anderen Menschen seien nur geduldete Besucher, die einfach den Mund zu halten und zu tun haben, was ihnen gesagt wird. So lautet die Botschaft. Lassen wir noch einmal Wolfowitz zu Wort kommen:

"Wir wissen, dass die konventionellen Streitkräfte der Staaten, die früher zur Sowjetunion gehörten, das stärkste Militärpotenzial in ganz Eurasien bilden; und wir unterschätzen auch nicht die Gefahr für die Stabilität in Europa, die von einem nationalistischen Umschwung in Russland oder von Bemühungen ausgehen, erst kürzlich unabhängig gewordene Volksrepubliken wie die Ukraine oder Weißrussland wieder mit Russland zu vereinigen."

Wolfowitz geht davon aus, dass sich die USA eines Tages mit Moskau auseinandersetzen müssen, wenn sie ihre imperialistische Strategie auch in Asien durchsetzen wollen. Putin scheint das noch nicht erkannt zu haben. Er glaubt immer noch daran, dass vernünftige Menschen eine vernünftige Lösung finden können, um die Krise (um die Ukraine) zu beenden. Da täuscht er sich aber. Washington will keine friedliche Lösung. Washington will die Konfrontation. Washington will Moskau in einen langfristigen Konflikt um die Ukraine ziehen – wie in Afghanistan in den 1990er Jahren. Es ist Obamas Absicht, Putin in einen militärischen Hinterhalt zu locken, um ihn in den Augen der Welt zu diskreditieren, um Russland von seinen Verbündeten zu isolieren und neue Allianzen zu verhindern; durch endlose Kämpfe russischer Truppen gegen von den USA unterstützte und bewaffnete Söldner und (verdeckt operierenden US-)Spezialkräfte sollen die russische Wirtschaft zerrüttet und ihre Beziehungen zu Partnern in der EU zerstört werden. Die endlosen Kämpfe sollen schließlich ein Eingreifen der NATO und die Stationierung westlicher Atomwaffen auf dem Territorium der Ukraine rechtfertigen. Das ist Obamas Spielplan. Warum erkennt Putin das nicht?

Putin hat zugestimmt, dass sich die Außenmister Russlands, der USA, der EU und der Ukraine in dieser Woche treffen. Das ist ein weiterer Fehler. Ursprünglich hatte sich Putin geweigert, die Putschisten in der Ukraine als legitime Regierung anzuerkennen. Jetzt hat er wohl seine Meinung geändert und ist damit einverstanden, mit ihren Vertretern zu verhandeln. Das ist ein Sieg für Washington und eine Niederlage für Russland. Das Obama-Team wird das als Zeichen der Schwäche werten, auch wenn es das nicht ist.

Al Jazeera hat gemeldet: "An dem Treffen werden US-Außenminister John Kerry, EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, der russische Außenminister Sergei Lawrow und der ukrainische Außenminister Andrii Deshchytsia teilnehmen; ein Sprecher der EU-Außenbeauftragten Ashton hat am Dienstag mitgeteilt, die Gespräche sollten der Deeskalation der Krise in der Ukraine dienen." (Die Genfer Erklärung zur Situation in der Ukraine im Wortlaut ist unter http://www.tagesschau.de/ausland/genfer-erklaerung100.html nachzulesen.)

Das Treffen hat nichts mit "der Deeskalation" der Krise zu tun. Es ist nur ein Public-Relations-Coup (der Obama-Administration). Diese Gespräche sind so wenig ernst zu nehmen wie die "Friedensgespräche" zwischen Israel und den Palästinensern, die ja auch nichts bringen.

Es macht keinen Sinn, mit Leuten zu reden, die überhaupt keinen Frieden wollen. Sie tun nur so, als ob sie ernsthaft verhandeln wollten. Obama und Konsorten wollen keinen Frieden, sondern (auch in Russland) einen Regimewechsel herbeiführen. Sie wollen Russland schwächen und zerstückeln. Die Obama-Administration will Moskaus Einfluss auf die europäischen Staaten reduzieren, die von russischer Energie abhängig sind, indem sie den Zufluss russischen Erdgases durch die Ukraine nach Europa unter ihre Kontrolle zu bringen versucht. Vor allem aber will sie eine Rechtfertigung für ihre eigene imperialistische Strategie; deshalb möchte sie Putin wie einen gefährlicher Aggressor aussehen lassen. Das scharfe Vorgehen der Putschisten-Regierung (in Kiew) gegen protestierende ethnische Russen in Donezk und Charkow soll ein russisches Eingreifen provozieren, das Washington die erwünschte Rechtfertigung (für ein Eingreifen der NATO) liefern könnte. Wie

schmerzhaft es auch für Putin wäre, tatenlos zusehen zu müssen, wie russisch sprechende Ukrainer von Nazi-Schlägern und als ukrainische Sicherheitskräfte getarnten ausländischen Söldnern schikaniert und vielleicht sogar getötet werden, er sollte sich trotzdem unbedingt davor hüten, russische Truppen in die Ukraine zu schicken, weil er dann in eine Falle tappt.

Derzeit verliert die Währung der Ukraine ständig an Wert, ihre Schulden und Defizite wachsen und ihre zerrüttete Wirtschaft steht vor dem Bankrott. Der Internationale Währungsfonds / IWF (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_W%C3%A4hrungsfonds) hat zwar ein Kreditpaket von 27 Milliarden Dollar zugesagt, das soll aber dazu dienen, die Zahlungsverpflichtungen gegenüber Großbanken und reichen Geldgebern in Berlin und Salzburg zu erfüllen und nicht der ukrainischen Wirtschaft aus ihrem Tief heraushelfen. Das IWF-Darlehen wird auch nicht zum Bezahlen der 2,2 Milliarden Dollar Schulden verwendet, die durch unbezahlte Rechnungen bei Gazprom aufgelaufen sind, oder um Russland wenigstens einen Teil der mehr als 34,4 Milliarden Dollar zurückzuerstatten, mit denen Moskau seinen kränkelnden Nachbarn in den letzten Jahre am Leben gehalten hat. Erst werden die westlichen Geldgeber bedient. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07114_150414.pdf)

Nach einem Bericht der World Socialist Web Site verlangt der IWF als Gegenleistung für sein Darlehen von 27 Milliarden Dollar die Erhöhung der Gaspreise um 120 Prozent und die Kappung von Sozialleistungen, zum Beispiel die Abschaffung der kostenlosen medizinischen Versorgung und die Schließung mehrerer Krankenhäuser. (s. dazu auch http://www.wsws.org/de/articles/2014/03/25/ukra-m25.html)

Natürlich wird der IWF auch die fortschreitende Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistungen, die Kürzung der Löhne und Renten, mehr "Flexibiliät" auf dem Arbeitsmarkt und bessere Möglichkeiten zum Ausbeuten der ukrainischen Wirtschaft fordern. Die Wirtschaft der Ukraine wird zweifellos den gleichen Niedergang erleben, den die ausbeuterische Kreditpolitik des IWF bisher überall hervorgerufen hat. Gleichzeitig werden unersättliche Investitionsbanken und gierige private Spekulanten wie Banditen über die Ukraine herfallen und das zerrüttete, wehrlose Land völlig ausplündern.

Die US-Medien haben ausführlichst darüber berichtet, dass Putin damit "gedroht hat, der Ukraine (bei weiterem Zahlungsverzug!) den Gashahn abzudrehen". Putin hat das zwar gesagt, aber wo bleiben ähnlich dicke Schlagzeilen, wenn US-Energielieferanten US-Familien, die ihre Rechnung nicht bezahlen können, das Gas und den Strom abdrehen und sie im Dunkeln erfrieren lassen? Die US-Medien haben sich ja auch nicht darum gekümmert, als 7 Millionen US-Amerikaner nach dem Platzen der von gierigen Wall-Street-Bankern verursachten Immobilienblase aus ihren Häusern vertrieben wurden. Putin hingegen sucht nach einem Weg, das Gas nicht abdrehen zu müssen, und hat die Regierungen der USA und der EU-Staaten um Hilfe gebeten. In einem Brief (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07114_150414.pdf), den er letzte Woche geschrieben hat, heißt es dazu:

> "Russland ist selbstverständlich bereit und willens, sich an der Stabilisierung und Erneuerung der ukrainischen Wirtschaft zu beteiligen, aber nicht allein, sondern nur gemeinsam und zu gleichen Bedingungen mit unseren europäischen Partnern. Dabei müssen auch die Vorleistungen berücksichtigt werden, die Russland bisher schon zur Unterstützung der Ukraine erbracht hat. Wir sind der Meinung, dass nur diese Herangehensweise fair und gerecht ist und zum Erfolg führen kann."

Wie aus dem Zitat ersichtlich ist, will und kann Putin die Rettung der Ukraine offensichtlich

nicht mehr alleine schultern und hat deshalb den Westen um Hilfe gebeten. Die neue Putschisten-Regierung hat schon wiederholt Termine für die Bezahlung bereits erfolgter Gaslieferungen verstreichen lassen. Man könnte glauben, dass sie absichtlich nicht zahlt, damit Putin das Gas tatsächlich abstellt und sich dann harte Kritik von westlichen Medien gefallen lassen muss. Ob das tatsächlich zutrifft, kann nicht überprüft werden. Bisher ist es Washington jedenfalls noch nicht gelungen, Putin als "neuen Hitler" zu diffamieren. Noch immer werden die USA als größte Bedrohung für den Weltfrieden angesehen, während der russische Präsident von vielen als vernünftiger und zurückhaltender Politiker bewundert wird. Das könnte sich jedoch schnell ändern, wenn Putin russische Truppen zum Schutz der Protestierenden nach Donezk und Luhansk entsendet. Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat US-Außenminister John Kerry am Sonntag bereits gewarnt, dass Russland nicht an den Vierergesprächen in Genf teilnehmen wird, wenn die Putschisten-Regierung (in Kiew) gewaltsam gegen die Protestierenden vorgeht, die Regierungsgebäude (im Osten und Süden der Ukraine) besetzt haben. Lawrow fügte hinzu, die akute politische Krise in den südöstlichen Gebieten der Ukraine sei vor allem durch das Verhalten der gegenwärtigen Kiewer Machthaber verursacht worden, weil diese legitime Bedürfnisse und Interessen der russischen und russisch sprechenden Bevölkerung missachtet hätten.

Am Sonntag hat der amtierende ukrainische Präsident Olexandr Turtschynow (weitere Infos unter http://de.wikipedia.org/wiki/Olexandr_Turtschynow) eine "groß angelegte Antiterror-Operation" in Donezk und Luhansk angekündigt, durch die eine "Wiederholung des Krim-Szenarios im Osten der Ukraine verhindert" werden solle." Diese Operation werde von "den Streitkräften, von Terror-Bekämpfern und Polizisten der Ukraine durchgeführt und am Montag um 9 Uhr beginnen.

Es ist klar, dass Turtschynow versuchen will, Russland zum Einmarsch zu provozieren, und es ebenso klar, dass der ukrainische Präsident das nicht ohne grünes Licht aus Washington getan hat.

Putin wird nicht zulassen, dass in der Ukraine russisch sprechende Menschen getötet werden; das ist die rote Linie, die von der Junta in Kiew nicht überschritten werden darf, wenn sie eine Konfrontation mit Russland vermeiden will. Washington möchte aber unbedingt, dass Russland in die Ukraine einmarschiert, um seinen "Stellvertreterkrieg" in Gang setzen zu können.

MIKE WHITNEY lebt im Staat Washington. Er ist Mitautor des bei AK Press erschienenen Buches "Hopeless: Barack Obama an the Politics of Illusion" (Hoffnungslos: Barack Obama und seine illusionäre Politik), das auch als Kindle-Edition erhältlich ist. Er ist zu erreichen über fergiewhitney@msn.com .

(Wir haben den wichtigen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab)

---

counterpunch

The Obama Game – Is Putin Being Lured Into a Trap?

by MIKE WHITNEY, April 15, 2014

> “Russia … is now recognized as the center of the global ‘mutiny’ against global dictatorship of the US and EU. Its generally peaceful .. approach is in direct contrast to brutal

and destabilizing methods used by the US and EU…. The world is waking up to reality that there actually is, suddenly, some strong and determined resistance to Western imperialism. After decades of darkness, hope is emerging." – Andre Vltchek, Ukraine: Lies and Realities, CounterPunch

Russia is not responsible for the crisis in Ukraine. The US State Department engineered the fascist-backed coup that toppled Ukraine's democratically-elected president Viktor Yanukovych and replaced him with the American puppet Arseniy Yatsenyuk, a former banker. Hacked phone calls reveal the critical role that Washington played in orchestrating the putsch and selecting the coup's leaders. Moscow was not involved in any of these activities. Vladimir Putin, whatever one may think of him, has not done anything to fuel the violence and chaos that has spread across the country.

Putin's main interest in Ukraine is commercial. 66 percent of the natural gas that Russia exports to the EU transits Ukraine. The money that Russia makes from gas sales helps to strengthen the Russian economy and raise standards of living. It also helps to make Russian oligarchs richer, the same as it does in the West. The people in Europe like the arrangement because they are able to heat their homes and businesses market-based prices. In other words, it is a good deal for both parties, buyer and seller. This is how the free market is supposed to work. The reason it doesn't work that way presently is because the United States threw a spanner in the gears when it deposed Yanukovych. Now no one knows when things will return to normal.

Check out this chart at Business Insider and you'll see why Ukraine matters to Russia.

The overriding goal of US policy in Ukraine is to stop the further economic integration of Asia and Europe. That's what the fracas is really all about. The United States wants to control the flow of energy from East to West, it wants to establish a de facto tollbooth between the continents, it wants to ensure that those deals are transacted in US dollars and recycled into US Treasuries, and it wants to situate itself between the two most prosperous markets of the next century. Anyone who has even the sketchiest knowledge of US foreign policy– particularly as it relates to Washington's "pivot to Asia"– knows this is so. The US is determined to play a dominant role in Eurasia in the years ahead. Wreaking havoc in Ukraine is a central part of that plan.

Retired German Air Force Lieutenant Colonel Jochen Scholz summed up US policy in an open letter which appeared on the Neue Rheinilche Zeitung news-site last week. Scholz said the Washington's objective was "to deny Ukraine a role as a bridge between Eurasian Union and European Union….They want to bring Ukraine under the NATO control" and sabotage the prospects for "a common economic zone from Lisbon to Vladivostok."

Bingo. That's US policy in a nutshell. It has nothing to do with democracy, sovereignty, or human rights. It's about money and power. Who are the big players going to be in the world's biggest growth center, that's all that matters. Unfortunately for Obama and Co., the US has fallen behind Russia in acquiring the essential resources and pipeline infrastructure to succeed in such a competition. They've been beaten by Putin and Gazprom at every turn. While Putin has strengthened diplomatic and economic relations, expanded vital pipeline corridors and transit lines, and hurtled the many obstacles laid out for him by American-stooges in the EC; the US has dragged itself from one quagmire to the next laying entire countries to waste while achieving none of its economic objectives.

So now the US has jettisoned its business strategy altogether and moved on to Plan B, regime change. Washington couldn't beat Putin in a fair fight, so now they've taken off the

gloves. Isn't that what's really going on? Isn't that why the US NGOs, and the Intel agencies, and the State Dept were deployed to launch their sloppily-engineered Nazi-coup that's left the country in chaos?

Once again, Putin played no part in any of this. All he did was honor the will of the people in Crimea who voted overwhelmingly (97%) to reunite with the Russian Federation. From a purely pragmatic point of view, what other choice did they have? After all, who in their right mind would want to align themselves with the most economically mismanaged confederation of all time (The EU) while facing the real possibility that their nation could be reduced to Iraq-type rubble and destitution in a matter of years? Who wouldn't opt-out of such an arrangement?

As we noted earlier, Putin's main objective is to make money. In contrast, the US wants to dominate the Eurasian landmass, break Russia up into smaller, non-threatening units, and control China's growth. That's the basic gameplan. Also, the US does not want any competitors, which we can see from this statement by Paul Wolfowitz which evolved into the US National Defense Strategy:

> "Our first objective is to prevent the re-emergence of a new rival, either on the territory of the former Soviet Union or elsewhere, that poses a threat on the order of that posed formerly by the Soviet Union. This is a dominant consideration underlying the new regional defense strategy and requires that we endeavor to prevent any hostile power from dominating a region whose resources would, under consolidated control, be sufficient to generate global power."

This is the prevailing doctrine that Washington lives by. No rivals. No competition. We're the boss. What we say, goes. The US is Numero Uno, le grande fromage. Who doesn't know this already? Here's more from Wolfowitz:

> "The U.S. must show the leadership necessary to establish and protect a new order that holds the promise of convincing potential competitors that they need not aspire to a greater role or pursue a more aggressive posture to protect their legitimate interests. In non-defense areas, we must account sufficiently for the interests of the advanced industrial nations to discourage them from challenging our leadership or seeking to overturn the established political and economic order. We must maintain the mechanism for deterring potential competitors from even aspiring to a larger regional or global role."

In other words, "don't even think about getting more powerful or we'll swat you like a fly." That's the message, isn't it? The reason we draw attention to these quotes is not to pick on Wolfowitz, but to show how things haven't changed under Obama, in fact, they've gotten worse. The so called Bush Doctrine is more in effect today than ever which is why we need to be reminded of its central tenets. The US military is the de facto enforcer of neoliberal capitalism or what Wolfowitz calls "the established political and economic order". Right. The statement provides a blanket justification for the wars in Iraq, Afghanistan, Libya, Syria and now Ukraine. The US can do whatever it deems necessary to protect the interests of its constituents, the multi-national corporations and big finance. The US owns the world and everyone else is just a visitor. So shut the hell up, and do what you're told. That's the message. Here's Wolfowitz one more time:

> "We continue to recognize that collectively the conventional forces of the states formerly comprising the Soviet Union retain the most military potential in all of Eurasia; and we do not dismiss the risks to stability in Europe from a nationalist backlash in Russia or efforts to reincorporate into Russia the newly independent republics of Ukraine, Belarus,

and possibly others."

Wolfowitz figured the moment would come when the US would have to square off with Moscow in order to pursue it's imperial strategy in Asia. Putin doesn't seem to grasp that yet. He still clings to the misguided notion that rational people will find rational solutions to end the crisis. But he's mistaken. Washington does not want a peaceful solution. Washington wants a confrontation. Washington wants to draw Moscow into a long-term conflict in Ukraine that will recreate Afghanistan in the 1990s. That's the goal, to lure Putin into a military quagmire that will discredit him in the eyes of the world, isolate Russia from its allies, put strains on new alliances, undermine the Russian economy, pit Russian troops against US-backed armed mercenaries and Special Ops, destroy Russian relations with business partners in the EU, and create a justification for NATO intervention followed by the deployment of nuclear weapons on Ukrainian territory. That's the gameplan. Why doesn't Putin see that?

Putin has agreed to a meeting this week with foreign Ministers from The United States, the European Union, and Ukraine. This is another mistake. Originally, Putin refused to acknowledge the coup-government as legitimate. Now he's changed his mind. Now he's agreed to meet with their representatives. This is a victory for Washington and a defeat for Russia. The Obama team will see this as a sign of weakness, which it is.
According to Al Jazeera: "The meeting will involve US Secretary of State John Kerry, EU foreign policy chief Catherine Ashton, Russian Foreign Minister Sergei Lavrov and Ukraine's Foreign Minister Andriy Deshchytsia, the EU said on Tuesday. A spokesman for Ashton said the talks were aimed at "de-escalating" the crisis in Ukraine."

The meeting has nothing to do with "de-escalating" the crisis." It's a public relations stunt. These talks have all the credibility of the Israel-Palestine peace talks, which is to say, none at all.

There's no sense talking to people who don't want peace. It just makes them look like they are being sincere, when they're not. Obama and Co. don't want peace. They want regime change. They want to weaken and dismember Russia. They want to reduce Moscow's influence over energy-dependent states in Europe by disrupting the flow of gas through Ukraine. And they want to create a justification for carrying out their imperial agenda, which means they need to make Putin look like a dangerous aggressor. The coup government's crackdown on ethnic Russians in Donetsk and Kharkiv could lead to a Russian intervention which would provide the justification that Washington is looking for. However painful it is for Putin to watch Russian speaking Ukrainians get beaten and perhaps killed by Nazi thugs and foreign mercenaries dressed up as Ukrainian Security Forces, he should avoid sending in the troops. It's a trap.

At present, Ukraine's currency plummeting, its debts and deficits are growing, and its economy is broken and near default. The IMF has promised to provide a $27 billion loan package that will be used to repay wealthy banks and bondholders in Berlin and Salzburg, but will do nothing to lift the economy out of the doldrums. None of the money from the IMF loans will be used to repay the $2.2 billion in unpaid gas bills to Gazprom or to compensate Russia for the more than $34.4 billion in subsidies Moscow has provided for its ailing neighbor in the last few years. Bondholders come first.

According to the World Socialist Web Site: "The "tough" measures required by the IMF in return for a $27 billion loan is already being spelt out by a 120 percent hike in gas and heating prices, the cutting of social benefits, including free medical assistance, and the closure of several hospitals."

Naturally, the IMF's conditions will involve more privatizing of public assets and services, more pension and wage cuts, more easing ("flexibility") of labor protections, and more cannibalizing of the economy. Ukraine's economy will undoubtedly slip into the same severe depression experienced everywhere that these failed policies have been implemented. At the same time, voracious investment banks and private equity speculators will make out like bandits skimming billions of dollars in plunder off the distressed and vulnerable country.

The US media has made a big deal out of the fact that Putin "has threatened to turn off the gas to Ukraine". While the allegation is certainly true, we've seen no similar headlines about energy producers in the US cutting off the fuel for American families who are too broke to pay their gas bill and who've been "left to freeze to death in the dark." Nor have we seen similar coverage of the 7 million Americans who were booted from their homes as part of a mortgage laundering scam that was concocted by crooked Wall Street bankers. Putin is actually looking for a way to avoid turning off the gas and has asked for help on the matter from leaders of the US and EU. Here's what he said just last week:

> "Russia is prepared to participate in the effort to stabilize and restore Ukraine's economy. However, not in a unilateral way, but on equal conditions with our European partners. It is also essential to take into account the actual investments, contributions and expenditures that Russia has shouldered by itself alone for such a long time in supporting Ukraine. As we see it, only such an approach would be fair and balanced, and only such an approach can lead to success."

Clearly, Putin doesn't want to continue shouldering the burden by himself, which is why he made the statement to begin with. The new coup government has repeatedly missed deadlines for payment on its gas supplies. Some believe they have deliberately stopped paying so Putin will cut off the gas thus opening himself up to harsh criticism the western media. Whether it's true or not is impossible to know, but so far, Washington has had little success selling the idea that Putin is "the new Hitler". The US is still viewed as the country that poses the greatest threat to world peace, while the Russian president is widely admired as a sober and restrained leader. However, that could change quickly if Putin sends troops to defend protestors in Donetsk and Lugansk. Even so, Russian Foreign Minister Sergei Lavrov warned US Secretary of State John Kerry on Sunday that if the coup government uses force on the protestors who have seized government buildings then Russia will not participate in the upcoming four-party talks on the crisis. Lavrov added that "the acute political crisis in Ukraine in general and in its south-eastern regions in particular was caused by the present Kiev authorities' failure to take into account the legitimate needs and interests of the Russian and Russian-speaking population."

On Sunday, Ukrainian imposter-President Oleksandr Turchynov announced a plan to launch a "large-scale anti-terrorist operation" in Donetsk and Lugansk to avoid a "repeat the Crimean scenario in Ukraine's east." The operation will involve "military forces, anti-terrorist forces and law enforcement of Ukraine" and is scheduled to begin at 9 AM yesterday morning.

It's clear, that Turchynov is trying to lure Russia into a fight, just as it's clear that the president would not have approved the crackdown without a green light from Washington.

Putin will not allow Russian-speaking people to be killed in Ukraine, that's the red line the junta government must not cross if they want to avoid a confrontation with Russia. Unfortunately, Washington wants Russia to invade so it can put its "proxy war" plan into motion.

MIKE WHITNEY lives in Washington state. He is a contributor to Hopeless: Barack Obama and the Politics of Illusion (AK Press). Hopeless is also available in a Kindle edition. He can be reached at fergiewhitney@msn.com.

www.luftpost-kl.de
VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern